

Volksstimme

Abonnements:
Monatlich 55 Pfennig ausschließlich
Zugabe: durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.
Telegramm-Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main“.
Telephon-Anschluß:
Amt Hanfa 7435, 7436, 7437.

Inserate:
Die 6spalt. Zeitzeile stellt 100
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die fällige Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pediton Wiesbaden aufgegeben
sein. Schluß der Inseratenannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.
Postcheckkonto 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Weiskirchstr. 49, Telephon 1035 — Expedition: Bleichstr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier.
Verlag der Volksstimme Maier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., sämtl. in Frankfurt a. M.

Nummer 165

Samstag den 17. Juli 1915

26. Jahrgang

Die französische Sozialdemokratie für starke Kriegsführung.

Die englische Regierung gegen Bekanntgabe von Friedensbedingungen.

Gegen den Lebensmittelwucher!

Immer schwerer lastet die allgemeine Teuerung auf den
ärmeren Volkskreisen. Die Preise für Fleisch sind unter rüch-
sichtsloser Ausnutzung der durch die Schweine- und Schlach-
vieh-Sknapptheit geschaffenen Konjunktur um fast 100 Prozent
gesteigert worden und steigen weiter. Weisse Kreise, beson-
ders unserer schwer arbeitenden Bevölkerung wurden dadurch
vom Genuß dieses so wichtigen Nahrungsmittels fast völlig
ausgeschlossen. Auch alle anderen Lebensmittel, besonders die
als Ersatz für Fleisch angepriesenen, wie Gemüse, Fische, Eier,
Milch, Butter, Käse, Zucker sind ungewöhnlich teuer und stei-
gen noch fortgesetzt im Preise. Auf dem Kartoffelmarkt macht
sich wieder der unerhörteste Wucher geltend. Die zwecks Preis-
treiberei monatelang zurückgehaltenen Kartoffeln mußten im
Frühjahr auf den Markt gebracht werden und gelangten zu
niedrigen Preisen in den Besitz der Händler. Diese hatten nun
erneut ihre Vorräte zurück und geben sie nur zu Preisen ab,
die die Einkaufspreise um 200 bis 300 Prozent übersteigen.

Nunmehr ist noch bekannt geworden, daß der Bundesrat
die Höchstpreise für Getreide, die schon 30 bis 40 Prozent höher
als im Frieden sind, erhöhen will. Also auch das Brot, dieses
allernötigste Nahrungsmittel, soll dem Volke noch mehr ver-
teuert werden. Das muß in den weitesten Volkskreisen Ent-
rüstung auslösen.

Namens des werttätigen Volkes, dem der Krieg ohnehin
schon große Opfer auferlegt, protestieren wir gegen jede Er-
höhung von Höchstpreisen. Wir fordern vielmehr eine durch-
greifende Regelung der Preisgestaltung auf dem Lebensmittel-
markt und einen wirksamen Schutz des Volkes gegen den
Lebensmittelwucher.

Wir fordern, daß ohne Rücksicht auf die Profitinteressen
der Produzenten und Händler mäßige Höchstpreise
für alle Lebensmittel festgesetzt werden, die so zu be-
messen sind, daß die ausreichende Ernährung des
Volkes gesichert und jede Bereicherung auf Kosten der
Volkernährung ausgeschlossen wird. Durch Beschlagnahme
und Verkaufszwang muß das Zurückhalten von Vorräten zum
Zweck der Preistreiberei vereitelt werden.

Die Parteigenossen im Lande fordern wir auf, dem
Lebensmittelwucher mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mit-
teln entgegenzuwirken. Vor allem müssen die Arbeiterver-
treter in den Landtagen und Gemeinden ihren ganzen Einfluß
einsetzen, um die Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln zu
erschwerenden Preisen sicherzustellen.

Berlin, den 16. Juli 1915.

Der Parteivorstand.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten.)

Großes Hauptquartier, 16. Juli. (W. B. Amlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Am 14. Juli ist bei einem der Angriffe in der Gegend
von Souchez ein Grabenstück südlich des Kirchhofes ver-
loren gegangen.

Wiederholte Versuche der Franzosen, uns die in den
Argonnen erstrittenen Stellungen zu entreißen, schlugen
fehl. Die Stellungen sind fest in unserer Hand. Die gestern
und vorgestern hart westlich der Argonnen geführten starken
französischen Angriffe scheiterten gegenüber der tapferen Ver-
teidigung durch norddeutsche Landwehr, die dem Feinde in
erbitterten Nahkämpfen große blutige Verluste zufügte und
ihm 462 Gefangene abnahm.

Seit dem 20. Juni haben unsere Truppen in den Ar-
gonnen und westlich davon mit kurzen Unterbrechungen ge-
kämpft. Neben dem Geländegewinn und der Materialbeute

ist bisher die Gesamtzahl von 116 Offizieren, 7009
Mann französischen Gefangenen erreicht
worden.

Auf unserer an die Argonnen östlich anschließenden Front
finden lebhafteste Feuerkämpfe statt. Feindliche Angriffe wur-
den mühelos abgewehrt.

In der Gegend von Leintreux (östlich von Lunéville)
spielten sich Vorpostengefechte ab.

Auf feindliche Truppen in Gerardmer warfen unsere
Flieger Bomben.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich von Popeljan haben unsere Truppen die
Windau in östlicher Richtung überschritten.

Südwestlich von Solus und südlich von Praszynsk
machten wir unter siegreichen Kämpfen weitere Fortschritte.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage bei den deutschen Truppen ist unverändert.

Oberste Seeresleitung.

Die Stimmung in Frankreich.

Es ist ganz seltsam und schier unbegreiflich, wie wider-
spruchsvoll die Stimmung des französischen Volkes sich in den
Berichten neutraler Reisender, neutraler Berichterstatter und
französischer Zeitungen spiegelt. Die eine Schilderung macht
den Eindruck, als wachse hart die Sehnsucht nach Frieden
unter Verzicht auf jede Eroberung, eine andere Schilderung
aber zeigt die Volksmassen als unbedingt willig, den Krieg
fortzusetzen bis zur Niederwerfung Deutschlands. Wahr-
scheinlich laufen die Strömungen neben- und durcheinander,
und gewisse Unterströmungen kommen vor, die den Kriegs-
zustand zu befrieden politischen Zwecken ausnützen wollen
und dadurch das Bild zur Unkenntlichkeit verwirren. Da sinkt
zumal die Royalisten, die zugleich den Kriegswillen stärken
und ihn gegen die Republik richten wollen; die Republik hat
militärisch verfaßt; Franzosen, macht einen König! Das
fordert die Sozialisten als Freunde der Republik heraus und
nun betonen sie ihren Kriegswillen vielleicht stärker, als er
vorhanden ist. Dazu kommt noch ein anderes. Im ersten
Kriegsjahr waren geradezu ausschweifende Eroberungs-
absichten in Frankreich etwas sehr gewöhnliches, sie wurden
auch von Sozialisten geäußert. Die Stärke der deutschen
Armeen war aber wie ein Eisblock, der das Eroberungsfeber
abkühlte. So sind denn allmählich die Schreier stiller gewor-
den, die Eroberungspropaganda äußert sich bescheiden und
versteckt ihre Ziele verächtlich hinter harmlose Namen. So soll
a. H. Elch-Rothringen nicht annektiert werden, sondern als
Mittelpunkt getrauter Provinzen, die Wiederherstellung des
Rechtszustandes wird das Annerkennungsforderung effektiviert.

Gefannt konnte man sein, wie in diesem Wirrwarr der
Dinge und Geister die französische Sozialdemokratie Stellung
nehmen, welche Richtlinien sie hielten würde. Nachdem die
Pegelsorganisation von Haute Vienne und nach ihr ebenso
die Organisation der französischen sozialistischen Frauen sehr
ehrenwerte und vernünftige Fingerzeige für die Friedens-
arbeit gegeben, nachdem weiter auch aus Deutschland die jede
Eroberungspolitik ablehnenden Aufrufe Saates und des
sozialdemokratischen Parteivorstandes gekommen waren,
mußte die französische Parteivertretung Farbe bekennen. Sie
hatte Gelegenheit und machte davon Gebrauch, auf der
Parteitagung, die gelegentlich des Nationalfestes stattfand,
eine Standarte aufzurichten. Aber wie das geschah, das steht
ganz und garricht aus wie ein Entgegenkommen an das
Programm von Haute Vienne und an die deutschen Sozial-
isten. Aus Paris wird gemeldet:

Nach einer Sabas-Meldung nahm die französische sozia-
listische Partei zum Schluß ihres Kongresses einstimmig
eine Resolution an, die das unerschütterliche Vertrauen
in die Sache der Verbündeten und des republikanischen Frankreichs
ausdrückt. Ein dauerhafter Friede könne nur auf der Grundlage
des Nationalitätenprinzips geschlossen werden. Wichtiger jedoch sei
das Verschwinden des brutalen Imperialismus. Die sozialistische
Partei erklärt neuerdings die Bereitwillig-
keit, ohne Vorbehalt am Werke der nationalen Verteidigung
und der Befreiung Belgiens und der Wiederherstellung
des Reiches für Elch-Rothringen mitzuwirken, und ist
entschlossen, die Regierung bei der Behebung der Unzulänglichkeit der

produktiven industriellen Kräfte zu unterstützen. Der Kongress
billigte sämtliche Aktionen der Parteileitung und
gab ihr Vollmacht, im gleichen Geiste weiterzuwirken. Der Kongress
schloß, indem er gemäß den Londoner Erklärungen jede Eroberungs-
politik außer den legitimen Wiederherstellungen
und jede Entmutigung verurteilte. Der Kongress billigte die von den
Gruppen seit Kriegsbeginn entfaltete Tätigkeit und gab ihnen Voll-
macht, das Werk der Landesverteidigung in demselben Sinne mit un-
erschütterlicher Festigkeit fortzusetzen.

Heut noch kein endgültiges Urteil; wir möchten zuvor
den Wortlaut der Beschlüsse abwarten. Weiß man doch auch
nicht sicher, ob es sich um einen wirklichen Parteitag oder nur
um die Sitzung des Generalsrats handelt. Einseitig ist
der Eindruck jedenfalls der, daß die Parteivertretung der
französischen Sozialdemokratie noch kriegswillig ist wie am
ersten Tage. Sie erließ auch mit Zustimmung der Minister
Thomas und Sembat eine Rundgebung, die die Fortsetzung
des Krieges für eine unbedingte Notwendigkeit erklärt. Sehr
bald wird man erfahren, ob sie wenigstens zur internationalen
Ausprache willig ist.

Einstweilen bleibt es leider dabei, daß die Taten der
deutschen Waffen ein stärkeres Friedensargument sind, als
unser guter Wille. Aber es kann über Nacht kommen, daß
das französische Volk über die unbedingten Kriegshelden hin-
weg schreiet. José Salaberrio, der sich einige Male als autor-
itatvoller Beobachter der Stimmung in Frankreich gezeigt hat, schreibt
im Madrider „M. A. C.“ den Zustand des öffentlichen Geistes
in Paris als kritisch und im „Diario de Barcelona“ heißt es
gar: „Der Frieden wird sehr populär in Frankreich, beson-
ders nachdem man, durch die russischen Niederlagen und die
italienische Unfähigkeit belehrt, einsieht, wie wenig Hoffnun-
gen man auf fremde Hilfe setzen kann. Wenn nicht der August
einen großen Umschwung der Dinge bringt, wird wahr-
scheinlich die sich schon kenntlich machende Bewegung für den Frie-
den den Charakter eines kategorischen Imperativs annehmen,
dem sich auch die regierenden Kreise nicht entziehen können.
Ein besonders auffälliges Anzeichen der Stimmung ist das
völlige Verstummen der Lobeshymnen auf Koffre. Sein
Name, der früher 200 mal täglich in den Plakaten erschien,
wird jetzt in den Spalten der großen Zeitungen nur in lan-
gen Zwischenräumen genannt.“

Verurteilung.

Der Deputierte Ajam bespricht im „Petit Parisien“
vom 12. Juli, wie Deutschland seit 1880 immer ärmer ge-
worden sei. Zu seinem schnurrigen Schluß konnte Ajam
kommen, weil er nicht weiß, daß der Einfuhrüberschuß
Deutschlands einfach ein Reichen seines verbenden Reich-
tums ist. Also Ajam meint, Deutschland habe sich unmit-
telbar vor dem Kriege in bezug auf seine Finanzen befinden in
dem Zustand eines vor dem Bankrott stehenden Industriellen,
der, um kein Kapital zu retten, zum Schaden der Verheerungs-
gesellschaft Feuer an seine Fabrik legt. Frankreich
sollte die undankbare Rolle der Versicherungsgesellschaft
spielen. Der Artikel endet: „Die Deutschen, die ein
Volk von Essern, Trinkern und Spielern
sind, sind zu einem Raubholf geworden nach dem Sprichwort:
„Glend zeugt Betrug.“ Seit 1910 waren sie am Ende ihrer
Kraft. Ihre Regierung sah ein, daß trotz des blutigen Kri-
stos der Krieg das einzige Rettungsmittel war. Daher die
systematische Herausforderung Europas seit langer Zeit. Es
ist ein verworfenes Kalkül, ohne Vorgang in der Geschichte,
auf welches wir ohne Unterlaß die Neutralen hinweisen
müssen, damit diese Verständnis für das deutsche Vorgehen
bekommen und begreifen, daß ihr eigenes unmittelbares In-
teresse dem deutschen Erfolge entgegensteht.“

Eine französische Stimme gegen Eroberungen.

Von Otto Böhl (Amsterdam).

Vor kurzem hat der Pariser Universitätsprofessor Victor
Bach eine Broschüre „Der Krieg von 1914 und das Recht“
herausgegeben. Bach ist Mitglied der sozialistischen Partei.
Er ist aber auch Vizepräsident der „Liga der Menschenrechte“,
der in den Tagen der Dreyfus-Affäre gegründeten Vereinigung,
die als eine praktisch wirksame ethische Gesellschaft die öffent-
liche Meinung zum Schutz der durch die eingelegten sozialen
Gewalten verletzten Rechte von Individuen und Gemein-
schaften aufzurufen und zu organisieren bestrebt ist. Wir
kennen die Bachsche Schrift vorläufig nur aus der Vorrede,
die ihr Genosse Romanet in der „Humanité“ vom 3.
Juni gewidmet hat. In seiner Beurteilung der Ursachen des
Krieges stimmt Bach mit jenen Sozialisten überein, die in der

„Humanität“ in der Regel zu Worte kommen. Rouanet selbst scheint nicht dieselben Meinungen zu hegen, denn er bemerkt ausdrücklich: „Die Bedingungen, unter die die Zensur die Presse gestellt hat, erlauben mir nicht, über die Ursachen des Konflikts — und zwar nicht nur über die unmittelbaren, sondern auch über die entfernten — meine ganze Meinung zu sagen.“ Aber er unterschreibt die Schlussfolgerungen der Broschüre, die vom Kriegsziel Frankreichs und der politischen Neuordnung nach dem Krieg handeln. Die baskischen Ausführungen lauten:

„Dieser schmachvolle Krieg kann ein heiliger Krieg werden. Aber dazu ist nötig, daß diejenigen, die für das Recht kämpfen, nie den heiligen Zweck vergessen, der ihnen die Waffen in die Hand gedrückt hat. ... Wir haben die feste Hoffnung, daß es nicht der Krieg, sondern die Gerechtigkeit ist — eine auf die wohlverstandenen Interessen der Sieger bedachte Gerechtigkeit — die die Friedensbedingungen diktieren wird. Welches sind diese Bedingungen? Wir bezeichnen diejenigen, die sie schon heute festsetzen, die Landkarten, entwerfen, Staaten zerstückeln und die Beute unter die siegenden Nationen verteilen. ... Wir können uns nicht mit jenen vereinen, die davon sprechen, Deutschland zu vernichten — als ob man eine Nation von 70 Millionen vernichten könnte, selbst wenn man dazu das Recht hätte! — und die Deutschland in Stücke schlagen wollen — als ob die getrennten Glieder im geeigneten Augenblick nicht das Mittel fänden, sich zu vereinigen und die von einer Nation gewollte Einheit diese geographischen Scheidungen vernichtet werden könnten. Wir gehören auch nicht zu jenen, die, nachdem sie Deutschland angeklagt haben, fremde Nationalitäten gegen ihren Willen annektiert zu haben, fordern, daß Frankreich nach dem Sieg besieglichen tue. Aber wir haben keine Furcht. Wir sind gewiß, daß Frankreich nach dem Sieg gerecht sein wird, wie es während des Kampfes war. Wir sind gewiß, daß es sich selbst und nötigenfalls auch seinen Verbündeten in Erinnerung bringen wird, daß diejenigen, die den Sieg davontrugen, keine von Junkern geführten Automaten, sondern Völker sind, die auf der Erde das hohe Ideal der allgemeinen Gerechtigkeit zum Sieg führen wollen, das die Revolution geschmiedet und die französische Demokratie lebendig zu erhalten gewußt hat. Deutschland hat durch die Stimme einiger seiner Philosophen behauptet, daß die Staaten nicht denselben Verpflichtungen unterworfen sind wie die Individuen, und daß sie über dem Recht stehen, weil sie allein das Recht schaffen. Wir aber behaupten, mit unseren Philosophen des 18. Jahrhunderts und mit dem größten deutschen Philosophen Immanuel Kant, daß das höchste Ideal, das die Menschheit erschaut, die Errichtung eines Reiches des Rechts ist, das für die Staaten ebenso gilt, wie für die Individuen, und die Errichtung einer Gesellschaft der Nationen, gelenkt durch die Gerechtigkeit.“

Gegen den Optimismus des Genossen Vach in Bezug auf die Kriegsziele „Frankreichs“, d. h. des bürgerlichen und kapitalistischen Frankreichs lassen sich Einwendungen erheben. Dieses Frankreich ist keine abstrakte Demokratie mit idealen Zielen, sondern ein ausgewachsener kapitalistischer Staat, dessen verschiedene soziale Elemente sehr verschiedene politische Tendenzen haben. Man braucht auch nur die bürgerliche Presse Frankreichs zu verfolgen, um zu bemerken, wie sich mit der Entwicklung der Kriegserreignisse die imperialistischen Bestrebungen, namentlich die auf die Festlegung in Syrien gerichteten, immer stärker hervortreten und es ist nicht gut einzusehen, woher der Genosse Vach seine „Gewissheit“ nimmt, daß die leitenden französischen Politiker etwa auch dem zarischen Bundesgenossen in die Arme fallen würden, wenn er sich nicht strikt an das „hohe Ideal der allgemeinen Gerechtigkeit“ hielte. Aber andererseits darf man den Einfluss der von Vach vertretenen Ideen im heutigen Frankreich durchaus nicht unterschätzen. Die Liga der Menschenrechte vereinigt in ihren über das ganze Land verbreiteten Ortsgruppen 90 000 Mitglieder, die sich zum größten Teil aus der Lehrlingschaft der hohen und niederen Schulen, der Beamtenschaft und dem gebildeten Bürgertum rekrutieren. Wie stark idealistische Antriebe unter günstigen Umständen in Frankreich werden können, wenn sie in diesen Schichten Unterstützung finden, hat die Geschichte des Dreifachhandels erwiesen. Es ist offenbar, daß die hauptsächlichste Bedingung, worunter die Idee eines Friedens ohne Eroberungen und eines Friedensschlusses ohne Erfüllung der berühmten Formel des „Kriegs bis ans Ende“ wirksam werden kann, die Ueberzeugung des französischen Volkes ist, daß auch Deutschland nur die Sicherheit seiner nationalen Entwicklung und keine Verletzung der Selbstbestimmung eines anderen Volkes anstrebt.

Frankzösische Verluste bei Arras.

Berlin, 16. Juli. (W. B. Nichtamtlich.) Im allgemeinen ist es nur schwer möglich, die Verluste des Gegners in einer

größeren Schlacht einigermaßen richtig anzugeben. Da die französische Regierung es ängstlich vermeidet, ihre Verluste der Republik selbst bekanntzugeben, ist es von besonderem Interesse, diese wenigstens schätzungsweise festzustellen. Nach der Schlacht bei Arras ist von deutscher Seite ein Versuch dieser Art gemacht worden. Dabei wurden unter anderem auch Aussagen von französischen Gefangenen verwertet, deren Truppenverbände an den Kämpfen beteiligt waren. Wie wir der „Gazette des Ardennes“ entnehmen, ist der Gesamtverlust der Franzosen an Toten, Verwundeten und Gefangenen in der Schlacht bei Arras nach dieser auf allen erreichbaren Unterlagen beruhenden, gewissenhaften Feststellung folgendermaßen zu schätzen: 3. Armeekorps 15 000 Mann, 9. Armeekorps 5000 Mann, 10. Armeekorps 10 000 Mann, 17. Armeekorps 4300 Mann, 20. Armeekorps 10 500 Mann, 21. Armeekorps 8000 Mann, 33. Armeekorps 11 000 Mann, 48. Division 6000 Mann, 53. Division 4000 Mann, 55. Division 3500 Mann, Summa 78 300 Mann. Vergleicht man diese Zahlen, die zweifellos ziemlich genau der Wirklichkeit entsprechen, mit dem Ergebnis, das die Kämpfe bei Arras für unsere Gegner hatten, so kann man es durchaus begreiflich finden, daß die französische Regierung dem Volke die Größe der von ihm gebrachten Opfer zu verbergen sucht.

Die englische Regierung und die Friedensbedingungen.

Aus der Sitzung des englischen Unterhauses vom 16. Juli meldet Wolffs Bureau:

„Mason (liberal) fragte, ob die Regierung Schritte dazu tun wolle, festzustellen, welche Friedensbedingungen die feindlichen Regierungen stellen werden und ob diese die Räumung Belgiens und Nordostfrankreichs einschließen würden. Asquith erwiderte auf den ersten Teil der Frage vereinnend und meinte, der zweite Teil der Frage sei daher gegenstandslos. Markham fragte, ob man dem Feinde nicht die Friedensbedingungen stellen würde, wenn die Alliierten in Berlin eingezogen wären. Duthwaite (liberal) fragte, ob es nicht Tatsache sei, daß das belgische Volk und die belgische Regierung wünschten, daß Deutschland durch Verhandlungen zur Räumung Belgiens veranlaßt würde. Asquith appellierte an das Haus, solche Anregungen nicht in der Form von Fragen laut werden zu lassen.“

Der englische leitende Minister hat also nicht nur ausdrücklich die Gelegenheit verpaßt, seine Bereitschaft zu einer vorläufigen, wenn auch unverbindlichen Erörterung von Vorbedingungen für die Einleitung von Friedensverhandlungen zu betonen, sondern er hat ausdrücklich in der Form, die im englischen Parlament üblich ist, solche Anregungen, auch wenn sie in der Form von Fragen gestellt sind, als schädlich bezeichnet. Dazu muß man auch halten, was am Tage vorher bekannt wurde. Nämlich, daß die englische Regierung auf beschleunigten Schluß des Parlaments drängt. Sie will sich der Erörterung entziehen. Die Regierung erwägt auch, wie Asquith in derselben Sitzung des Unterhauses erklärte, ein Abwandschreiben gegen die Unabhängigkeit Arbeiterpartei und gegen die gleichfalls den Frieden propagierende Vereinigung für demokratische Kontrolle.

Diese Umstände rufen Gerüchte über englische Friedensbereitschaft, die vor einiger Zeit und auch jetzt noch in Deutschland verbreitet werden, in eigenartige Beleuchtung. Aus den Tatsachen läßt sich nur der Schluß ziehen, daß die englische Regierung glaubt, die Zentralmächte können militärisch überwunden werden. Derselbe Meinung teilt offenbar auch die französische Regierung samt den sozialistischen Ministern.

Vom Bergarbeiterstreik in Südwales.

Rotterdam, 16. Juli. (W. B. Nichtamtlich.) Der „Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Die letzten Berichte aus dem Kohlenrevier von Südwales lauten ernst. Gestern hat die Leitung des Bergarbeiterverbandes mit 19 gegen 4 Stimmen angeordnet, daß die Streikenden die Verhandlungen mit der Regierung und gleichzeitig die Arbeit wieder aufnehmen sollen. Trotzdem haben die Vertreter der Bergarbeiter in der Versammlung in Cardiff mit 88 950 gegen 47 450 der

vertretenen Stimmen die Summung verworfen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Vertreter gelten als die radikalsten und rührigsten Elemente der dortigen Bergarbeiterchaft. Sie haben auch nicht, wie das sonst üblich war, ein Referendum unter der Arbeiterchaft abgehalten, ehe sie den Streik proklamieren. Die gesamte Presse spricht mit Erbitterung über diesen Schritt. Die „Times“ spornet die Regierung an, das Munitionsgesetz zur Anwendung zu bringen. Die Regierung hat inzwischen einen allgemeinen Munitionsgesichtshof für Wales und Monmouthshire ernannt. „Daily Chronicle“ befehlt sich mit der Propaganda gegen den Krieg, die in Keir Gardies Wahlkreis von Merthyr Tydfil betrieben wird, und sagt, die Streikenden seien die Werkzeuge Keir Gardies und seiner Freunde. Das Blatt unterstützt den Vorschlag, den Arthur Bonell in der „Times“ gemacht hat, daß die Regierung alle Auszahlungen der Banken an die Streikenden für Streiks beschlagnahmen soll. Jeder der Streikenden kann nach dem Munitionsgesetz zu einer Geldbuße von 5 Pfund Sterling verurteilt werden.

Eine über Kopenhagen eingelaufene Debesche meldet: Im ganzen Baltischen Seebereich ist jetzt der Pelagier ausgesetzt und verhängt worden, die Admiralität hat alle Koglen für sich mit Beschlag belegt. Infolgedessen ist das gewöhnliche Geschäft an der Gardiffr Kohlenbörse eingestellt. Alles deutet daraufhin, daß die Seebeschäftigung weiterhin eine feste und ablehnende Haltung einnehmen werden. Die Zahl der Streikenden wird vertriehen hoch beziffert, einwischen scheint jedenfalls die Arbeit im Bezirk ganz zu ruhen.

Vom Unterseeboots- und Handelskrieg.

Amerikas neue Note.

New York, 16. Juli. (Radiogramm der „Frankf. Stg.“) Präsident Wilson arbeitet die neue Note aus, in der er endgültig den amerikanischen Standpunkt präzisiert. Er legt dar, daß Amerika über den Schutz der Amerikaner auf See nicht verhandeln könne, und deutet an, daß die bisherigen Vorfälle ohne Folgen bleiben werden, sofern Deutschlands submarine Praxis nicht weitere amerikanische Opfer fordere. Damit schließt Amerika die Korrespondenz.

Die Blätter erklären, Deutschland verstehe nicht ausreichend Amerikas Standpunkt. Alle Vertreter sind der Auffassung, ein Krieg sei unmöglich, es sei denn, Deutschland bräutere Amerika durch Wort oder Tat. Die Baumwollstaaten verlangen, England solle das bisherige internationale Recht anerkennen. So erklärt das angesehenste südlische Organ, die „Atlanta Constitution“, Englands Verhinderung des Baumwollverkehrs müsse vor der „Lusitania“-Frage erledigt werden.

England und Norwegen.

Kopenhagen, 16. Juli. (W. B. Nichtamtlich.) „Politiken“ berichtet aus Bergen: Nachdem namentlich das Weiße Meer in das Bereich der Kriegszonen einbezogen worden ist und deutsche Kriegsschiffe daselbst Minen ausgelegt haben, halten jetzt englische Schiffe alle Fahrzeuge fest, deren sie in der neutralen norwegischen Zone haften werden können. Norwegen hat seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts stets den Anspruch erhoben, daß sein Seegebiet sich 4 Seemeilen, gleich 7420 Meter, außerhalb der äußersten Landspitzen und Klippen erstreckt. Dies hat es mit sich gebracht, daß manche offenen Meeresküsten innerhalb der norwegischen Schären als norwegisches Seegebiet gerechnet wurden. Die Engländer dagegen glauben das Recht zu haben, ihre Schiffe innerhalb dieser Zone bis 3 Seemeilen fahren zu lassen. Sie kontrollieren daselbst alle Schiffe, unabhängig von der Nationalität. Die Folge davon ist, daß selbst die vom Staat unterstützten Post- und Passagierschiffe, die der allgemeinen Güterfahrt dienen, daselbst aufgehalten und untersucht werden. Gegenüber dem norwegischen Einspruch behaupten die Engländer, daß sie sich immer 3 Seemeilen vom Lande halten würden. Zurzeit werden Untersuchungen zum Zweck der Feststellung unternommen, ob die englischen Behauptungen richtig sind. Die Schiffsahrt wird jetzt, soweit irgend möglich, innerhalb der Schären verlegt; sie wird dort in den Strömungen und Untiefen außerordentlich erschwert. Sobald die Nächte länger werden, wird man von vielen Unfällen hören. Das Verhältnis ist dies: Während Deutschland England mit einem Netz von kontrollierenden Unterseebooten zu umspannen sucht, hat England einen Ring von Kreuzern um Norwegen gelegt. Deshalb ist es nicht ausgeschlossen, daß zukünftig deutsche Unterseeboote ihre Wirksamkeit nach dem norwegischen Festwasser verlegen und dort Schiffe aufsuchen, die nach den Schären Norweglands fahren. Die Folgen würden ziemlich ernst sein. England hindert sogar die Schiffsahrt zwischen Norwegen und

Genilleton.

Sechs Monate verkleidet in Lemberg.

Abenteuerliche Flucht aus russischer Gefangenschaft.

Der Kaufmann Franz Josef Neumann aus Friedland bei Friedland in Nordböhmen, der schon zu Beginn des Weltkrieges in russische Gefangenschaft geriet, entfloh, wieder gefangen wurde und wieder entfloh. Bis er schließlich in Lemberg ein allerdings wenig sicheres Unterkommen fand, machte der Redaktion der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ einen Besuch. Von seiner abenteuerlichen Flucht und seinem Leben in Lemberg gibt er folgende Schilderung:

Ich bin am 1. August ins Feld eingerückt und habe eine Reihe von Gefechten mitgemacht, bis ich schließlich in Jamboss an Ruhe erkrankte und ins Spital kam. Am nächsten Morgen kam ein Dragoner mit einem Wagen, auf dem sich zwei Maschinengewehrschreder, ferner ein russisches Maschinengewehr und drei komplette Monturen befanden, in den Spitalhof. Er ließ den Wagen stehen und wollte sich auf das Pferd setzen, das er dort stehen hatte, um wegzureiten. Ich fragte ihn, was denn los sei, worauf er mir zur Auskunft gab, daß die Oesterreicher auf dem Rückzug seien und die Russen nahen. Ich hatte bisher von nichts gewußt und überzeugte mich sofort, daß fast das ganze Spital schon leer war. Ärzte, Pfleger und Kranken waren schon weggeschafft. Ich wollte nicht in russische Gefangenschaft geraten, und so schickte ich mich auf den Wagen und fuhr weg. Hinter Zweigen wurden mir von Kosaken beide Pferde angeschossen, so daß ich nicht weiter fahren konnte. Ich nahm mein Gewehr auf die Schulter und ging in die nächste Bauernhütte, wo mir der Bauer auf mein Verlangen, das durch den Anblick des Gewehrs und des aufgeschlagenen Bajonetts unterstützt wurde, zwei Pferde brachte, so daß ich weiterfahren konnte, bis ich bei Podlesna, das bereits in Galizien liegt, bei einem Bauern Quartier fand, um meinen Körper und die ermüdeten Pferde auszurufen. Es war noch kaum 5 Uhr morgens, als mich der Bauer wachte, um mit zu sagen, daß die ganze Gegend voll Kosaken und russischer Artillerie sei. Jede Flucht war also unmöglich, meine Gefangenschaft sicher. Da hatte der Bauer den Einfall, mich als Bauern zu verkleiden. Ich mußte nun auf den Hof zu einer Schmelzmaschine und dort Häkeln schneiden. Vorher bedeckte ich alles, was auf dem Wagen gewesen war, ins Heu. Es war höchste Zeit, denn schon kamen russische Soldaten und fütterten ihre Pferde mit dem Häkel. Ich mußte ihnen auch Wasser aus dem Ziehbrunnen herauftragen, worauf die Russen wieder abgingen, um wieder ihre Stellungen zu besetzen, denn es war ein großes Gefecht im Gange. Dasselbe wiederholte sich auch an den beiden nächsten Tagen. Die Russen

waren zufrieden, daß sie ihre Pferde füttern konnten, und hatten auch keine Zeit, sich weiter um uns zu kümmern. In diesen drei Tagen konnte ununterbrochen Kanonendonner in der nächsten Nähe und Schrapnell fielen wiederholt auf den Hof. Der Bauer und seine Frau bekamen Angst, daß die Russen entdecken könnten, wer ich sei, und daß sie dann aufhängt würden, und so beschloß ich, mein Glück anderswo zu versuchen. Vorher aber haute ich ihnen aus Dankbarkeit, daß sie mich gerettet und verpflegt hatten, eine schmerzliche Deduktion, in die sie sich verließen konnten. Dann beauftragte ich sie noch, die Waffen, die ich mitgebracht hatte, gut in Stroh einzupackten und zu vergraben, bestieg meinen Wagen und verließ, in meiner Verkleidung durch die russischen Linien zu gelangen. Im Stroh verpackte ich meine Sentimentalitäten, um mich, da ich sehr darauf rechnete, bald wieder bei den österreichischen Truppen zu sein, legitimieren zu können. Meinen geladenen Revolver steckte ich zu mir und fuhr in der Richtung auf Karol. In einem Wäldchen stellten mich aber zwei Kosaken an. Der eine sah auf meine Schöße, welche Kommissuren waren, ich mir die Hade auf und bedeckte mir auf russisch, so viel ich verstand, daß ich österreichische Militärstücke trage und ein Spion sei. Ich mußte, was das zu bedeuten habe, ich meinen Revolver aus der Tasche. Ich gerade vors Gesicht, und schon ihm eine Kugel vor den Kopf, zwei meiner Augen auf den zweiten, der sich dahingemacht hatte. Ohne weiter zu forschen, ob auch der zweite getötet sei, jagte ich mit meinen Pferden bergab und dann wieder bergauf. Als ich von dem zweiten Hügel hinunterfahren wollte, sah ich, daß unten russischer Train stehe. Umkehren war nicht mehr möglich, denn die Russen mußten mich gesehen haben, und so fuhr ich im Trab, als ob ich, wie die andern Kosaken, die ich sah, als Vorspann dort zu tun hätte, direkt auf sie zu. Nur wenige Minuten stand ich dort, als ein russischer Offizier zu mir kam und mir russisch auftrug, ich solle mit ihm nach Tomaszow um Kapitän fahren. Da ich etwas Unbehagen fühlte, verstand ich ihn und führte ihn nach Tomaszow und zurück. Es war aber nicht Kapitän, was mir mitbrachten, sondern Schnaps! Als ich wieder dort stand, kam ein Offizier auf mich zu und fragte mich verschiedenes aus, und da ich nicht antworten konnte, ließ er mich untersuchen, und man fand nur bei mir den Revolver und schließlich auch die Sentimentalitäten. Nun wurde mir alles, was ich bei mir hatte, abgenommen und ich wurde, nachdem man mir die Hände auf den Rücken gebunden hatte, auf einen Wagen gesetzt und weggeführt. Auf dem Wagen band man mich ganz eng an den Rand eines Koffers, daß ich nicht nur festließe, sondern auch schreckliche körperliche Schmerzen litt. Drei Tage und drei Nächte führte man mich im ständigen Regen auf dem Wagen, unter fürchterlichen Qualen, die mir nicht nur die Hefeln, sondern auch meine noch nicht vollständig ausgeheilte Ruhr verurteilte. Der Offizier, der etwas Deutsch sprach, hatte mir gesagt, daß ich zum Kriegsgericht gebracht werde, um als Spion abgerichtet zu werden. Welches Schicksal mir bevorstand, war mir

klar. Abends hat ich den Soldaten, der mich bewachte und der, wie ich sah, ein Jude war, mich wenigstens von dem Koffel loszulassen, und um meine Bitte zu unterstützen, hat ich ihm meinen oboenen Eherring, das einzige, was man mir gelassen hatte, an. Das Gesicht wurde gemacht und der Jude gab mir überdies auch einen ganz blutbefleckten österreichischen Soldatenmantel, daß ich mich einhüllen könne. Wenn ich auch die Hände noch immer auf dem Rücken gebunden hatte, so hatte ich doch nicht mehr die schrecklichen Schmerzen zu leiden wie früher. Aber ich war furchtbar geschwächt und sah ganz zerschlagen auf dem Wagen. In der dritten Nacht fuhren wir über einen halbrunden Weg, so daß der ganze Wagen wackelte. Auf einmal gab es einen Ruck, und ich flog vom Wagen herunter, in den Wald hinein, wo ich liegen blieb, ohne daß sich die Bewachung um mich gekümmert hätte. Lange lag ich bewegungslos da. Als ich wieder zu mir kam, bemühte ich mich, die durch das Losknicken von dem Koffel etwas gelockerten Hefeln abzuschleifen, und es gelang. Ich fand auch eine Quelle, in der ich mich wusch und deren Wasser ich trinken konnte. Ich verließ mich im Walde, aber ich war so schwach und hatte mich bei dem Sturz aus dem Wagen so heftig angeschlagen, daß ich, als ich am Morgen Pferdegeschrei hörte, mich bis zum Rande des Waldes schleppte, um Hilfe zu suchen. Es waren russische Verwundete, die auf einem Wagen zurückfuhren und ich machte ihnen klar, daß ich auch verwundet sei und sie nahmen, als sie meinen blutbefleckten Mantel sahen, mich als Verwundeten mit nach Tomaszow. Dort stieg ich ab und ging in ein Spital, wo ich eine Reihe österreichischer Ärzte traf, und zwar den Stabsarzt Ottenfeld und drei Mediziner. Sie hatten etwa 270 ruhrkranke und verwundete Oesterreicher zu pflegen. Von Zeit zu Zeit wurden die Wesselen in die Gefangenschaft geschickt und bald wurde auch das ärztliche Personal weggeschickt, so daß nach etwa drei Wochen, als es mir schon besser ging, bloß Stabsarzt Ottenfeld und ein Dr. Fischer zurückgeblieben waren, um 170 Kranke zu pflegen, ohne Hilfe von Sanitätsmannschaft. So behielt man mich zurück, daß ich ihnen helfe und zugleich den Krankenstand mache. Bis Ende November blieb ich dort. Ein einzigesmal war für ganz kurze Zeit eine russische Krankenschwester dort. Sie war sehr anständig und gab mir auf mein Verlangen auch Säfte. Die ich mit dem Stabsarzt teilte.

Mein erkrankte ich zum zweitenmal an der Ruhr und an einer Art Pocken, hatte hohes Fieber und auf dem Rücken und an den Hüften eiternde Beulen. Das Spital mit den beiden Ärzten wurde damals geräumt und nach Russland geschickt. Ich war nicht transportfähig und wurde in ein benachbartes russisches Spital gegeben, wo ich von einem russischen Arzt übrigens sehr anständig behandelt wurde. Dieses Spital mußte aber wieder nach vorn. Da es mir aber recht schlecht ging, wurde ich zunächst mit dem einen Wagen von Tomaszow nach Komarnow und von dort mit dem Bahn nach Lemberg geschickt. In Lemberg herrschte fürchterliche Unordnung und mit großer Mühe gelang es mir schließlich, in ein Spital zu

Joland, beschränkt sich jedoch dabei auf Auffassung und Unterhaltung.

Nahrungsforgen der Schweiz.

Der „Basler Nachrichten“ wird aus Bern gemeldet: Wie wir hören, weigert sich die Schweiz, die Einfuhr von Reis zu bewilligen, solange die Schweizer Behörden nicht die formelle Verpflichtung eingehen, auch im sogenannten Kompensationsverkehr keine eingeführten Reismengen wieder nach Deutschland oder Österreich auszuführen. Die Schweiz hat eine gewisse Menge Reis nach Deutschland gegen Saatkartoffeln und nach Österreich gegen Zucker kompensationsweise exportiert. Seit zwei Monaten ist aus Frankreich kein Reis mehr in die Schweiz gelangt, aus Italien schon länger nicht mehr. Frankreich hatte unlängst die Ausfuhrbewilligung für einige Tausend Tonnen Reis von Marseille erteilt, sie aber aus den genannten Gründen rückgängig gemacht. Die Zusage der Schweiz, die Einfuhr von Reis zu bewilligen, ist von der Einfuhrkontrolle, der man in Paris viel weniger Gewicht beilegt, als in London.

Die Lage im Osten.

Nach einem Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ stellt der Militärkritiker des „Kustje Slowo“ fest, daß die russische Armee auf der ganzen Front von der Bistka bis zum Dnjepr den Rückzug auf neue Stellungen fortsetze und nur Rückzugskämpfe leiste.

Diese Feststellung bestätigt auch der russische Generalstabbericht, der besonders erkennen läßt, daß im Nordosten die Deutschen erfolgreich vorrücken. Die Russen begannen bereits die Räumung weiter Gebiete. Die russischen Militärbehörden erlassen für Kurland, Liebland und Estland folgenden Befehl:

Alle Fabriken und Werke der Stadt Riga und des Riga'schen Kreises, die Aufträge für Militär- und Marinebehörden ausführen, sind verpflichtet, die Arbeit sofort zu beginnen, nach ihrer Wahl in der Richtung nach Osten alle Fertigfabrikate ohne Ausnahme, sowie alle Maschinen, die zur Arbeitsleistung tauglich sind, fortzuschaffen. — Ein weiterer Befehl bezieht sich auf die Besitzer und Verwalter aller Handels- und Industrieunternehmen und Niederlagen in Riga und im Riga'schen Kreise verpflichtet, binnen 24 Stunden vom Moment der Veröffentlichung, genaue Listen über die Vorratsumengen anzugeben, namentlich Metallen. — Riga'sche Zeitungen melden: Die Kreispolizei von Goldingen und Lüdum forderten die männlichen Bewohner von 18 bis 45 Jahren von ihren Kreisen auf, die Wohnorte zu verlassen, das Vieh fortzuschaffen und namentlich auch alle Kupfer- und messingnen Hausgeräte. Auf der Rigaer Eisenbahnlinie ist der Personenverkehr seit einigen Tagen völlig eingestellt.

Schwerlich mutet ein über Stockholm eingehender Bericht an, der die Niederbrennung Windaus meldet; man weiß nicht, ob der Brand die Folge der Kriegsoperationen, oder ein Werk russischer Taktik nach dem Vorbild von Anno 1812 ist, oder ob ein gewöhnliches Unglück vorliegt. Ferner meldet „Kustje Slowo“ aus Riga: In den von den Deutschen nicht besetzten Teilen Kurlands brennen alle Wälder. Die großen Wälder bei Alschwanger, Laffenhausen und Widen in Richtung auf Windau, sowie alle Wälder längs des Stromes brennen vollständig ab.

Der österreichisch-ungarische Bericht vom 16. Juli lautet: Die Kämpfe am Dnjepr dauern an. Die Versuche der Russen, unsere auf das Nordufer des Flusses vorgedrungenen Truppen durch heftige Gegenangriffe zu werfen, blieben ohne jeden Erfolg. Wir machten zwölf Offiziere und 1300 Mann zu Gefangenen und erbeuteten drei Maschinengewehre.

Bei der Erzwungung des Dnjepr-Überganges und in den darauf folgenden Gefechten fand das Rittmeister-Infanterie-Regiment Nr. 7 wieder Gelegenheit, besondere Proben seines Selbstenntes abzulegen.

In der Gegend von Sokol kam es gleichfalls auf beiden Seiten zu reger Gefechtsstätigkeit. Unsere Truppen nahmen stürmender Hand mehrere Stützpunkte, so daß Bernhardiner-Moher unmittelbar bei Sokol.

An den anderen Fronten blieb die Lage unverändert.

Ein Eingekändnis der russischen Militärbehörde.

Der folgende russische Geheimbefehl ist in deutsche Hände gefallen:

kommen — es war im Zwölftenhaus —, wo ich bis etwa zum 20. Dezember blieb. Dann sollte ich, obwohl ich noch belagert war, auch nach Reichenbach, nach Jekulsk verlegt werden. Ich konnte immerhin, wenn auch mit Mühe, gehen. Andere waren noch schlechter daran. So war ein Mann mit im Transport, dem drei Tage vorher ein Arm amputiert worden war und der noch mehr als 80 Grad Fieber hatte; er ist auch noch vor Brod gestorben.

In Lemberg selbst traf ich wieder den Stabsarzt Ottenfeld und Dr. Fischer, die dort interniert waren, aber noch einige Tage vor mir weggeschickt wurden, wie es hieß, nach Wien, da sie gegen russische Ärzte ausgesprochen werden sollten. Es das war wahr und was mit ihnen geschehen ist, weiß ich nicht. Ich sollte, wie bereits erwähnt, nach Jekulsk fahren. Mit mir im Spitalwagen fuhren noch etwa fünfzig andere Österreicher. Was in den anderen Wagen war — es war ein langer Zug —, weiß ich nicht. In unserem Spitalwagen war keine Bewachungsmannschaft. Man hielt sie für überflüssig, da man eine Flucht der Kranken und noch dazu in diesem von den Russen besetzten Gebiet für ganz ausgeschlossen hielt. Aber ich hatte schon in Lemberg an nichts anderes gedacht, als wie es mir gelingen könnte, zu fliehen. Doch dazu war allem Geld nötig, was mir fehlte. Dann wie sollte ich durchkommen, wenn es mir gelänge, auszuweichen, wenn ich nicht Geld hatte. Tatsächlich war es mir in Lemberg gelungen, nicht weniger als vierzig Rubel aufzutreiben. In das Spital, natürlich, in dem ich lag, waren viele Juden und Deutsche gekommen, die Bekannte besuchten. Es war mir gelungen, in einem unbewachten Augenblick einem von meinen Schützlingen zu erzählen, und nun stieß man mir von allen Seiten Geld zu. Hinter Brod (wenigstens glaube ich, diesen Namen gehört zu haben) hielt der Zug auf freier Straße. Diesen Augenblick benutzte ich, um hinauszuweichen. Niemand merkte es und ich konnte mich verdecken und laufen, bis der Zug weitergefahren war. Dann floh ich querfeldein. Ein Jude, dem ich zehn Rubel gab, verschaffte mir die Kleidung eines russischen Bauern und vermittelte mir dann auch noch, daß ich „zufällig“ einen Wagen traf, der von Drohobys mit Petrolem verladen war, und daß der Arbeiter, der darauf lag und eine russische „Brazpuska“, einen Batterieschein, hatte, mir diesen Schein für drei Rubel überließ. Ich fuhr dann überdies mit diesem Wagen, als dieser wieder den Weg zurückfuhr bis Drohobys. Mit meiner „Brazpuska“ war es mir dann ein leichtes, nach Strij zu kommen. Dort sprach ich einen Deutschen an, der, als er erfuhr, daß ich ein Deutscher sei, mir sagte, es sei in Strij doch nicht so sicher, als man mir in Lemberg angebetet hatte, und mir riet, nach Lemberg zu gehen, wo man am leichtesten verbergen könnte. Der Mann, der mich in Geschäftsangelegenheiten mit dem Wagen nach Lemberg fuhr, nahm sich dann auch mit.

Geheimbefehl des Generalkommandos des XII. Armeekorps vom 29/12. Juni 1915, Nr. 181.

An den Kommandeur der 12. Inf. Div.

Das Generalkommando befiehlt, den den eingehenden Briefschaften alle geschlossenen Briefe zurückzuhalten, besonders solche, die aus dem Ausland kommen, weil diese in letzter Zeit Mitteilungen darüber enthalten, daß es die Soldaten in der Gefangenschaft sehr gut haben.

Solche Mitteilungen dienen dazu, unsere Soldaten zu verführen. Es wird daher befohlen, alle derartigen Briefe unter strenger Geheimhaltung an den Postamt im Korpsstab Jekulsk abzuliefern.

Gemäß telegraphischen Befehl des Stabes VIII. Armee Nr. 22514.

Unterschieden: Generalmajor Danilow.

Für die Richtigkeit der Abschrift: (unleserlich)

Hauptmann und Regimentsadjutant des 46. „Dajep“ Inf. Reg.

5/18. Juni 1915. Journal Nr. 7.

An den Führer der 3. Kampagne.

Auf Befehl des derzeitigen Regimentskommandeurs befolgende Abschrift zur Kenntnis und sofortigen genauen Ausführung.

Alle angekommenen Mannschaftenbriefe sind sofort seiner Hochwohlgebornen unter strenger Geheimhaltung abzuliefern.

Unterschieden: (unleserlich)

Hauptmann und Regimentsadjutant des 46. „Dajep“ Inf. Reg.

Russische Judenverfolgungen.

Eine achthundert Arbeiter zählende Versammlung in Warschau nahm eine Protestresolution gegen die offizielle Verfolgung der Juden an, die vom Zentralkomitee des sozialistischen „Bund“ auch in anderen Städten von den Arbeiterversammlungen beantragt und jetzt in der Form einer Deklaration herausgegeben wurde. Die Deklaration stellt fest, daß der Krieg die übliche pogromistische-antisemitische Politik der russischen Regierung nicht nur nicht geschwächt, sondern vielmehr gestärkt habe. Im Augenblick, da das Land die größten Erschütterungen erlebt, unterdrückt die Regierung, zugleich mit den Strafen über die „Völkerverfehlung“, diese Völker fortwährend und droht mit der direkten politischen Ausrottung des jüdischen Volkes. Die Deklaration führt die Niederlagen der russischen Armee auf die Uebelstände des Regierungsbudgets zurück; aber es müssen sie verantworten an der kausatischen Front die Mobilmachung, an der weichen — die Juden. Den Verrat der russischen Gendarmen, den Verrat des Obersten Prokofjewitsch muß das jüdische Volk mit seiner Sicherheit, Freiheit und mit seinem Leben büßen. Das Dokument zählt dann eine ganze Reihe von Missetaten der Regierung auf, es führt die „erfundenen und unklugen Geschichten“ in Kufsch und in Kien, wo man die Juden der Spionage beschuldigt, an, um zum Schluß zu gelangen, daß die Regierung selbst, durch Verdrängung und Verdrängung solcher Fabeln, die eigentliche Trägerin der Pogromagitator im Lande sei.

Der Schluß der Erklärung lautet:

Wir wenden uns weiter an das internationale Proletariat, dessen Pflicht es ist, vor aller Welt die Gewalttaten zu enttarnen, denen die jüdische Bevölkerung ausgesetzt ist. Von ihnen, den Proletariaten der Verbündeten Russlands, fordern wir, daß sie ihre Regierungen zum Protest gegen die blutigen Verbrechen ihres „Verbündeten“ drängen.

Wir wenden uns mit unserem Aufruf schließlich an die Sozialisten der neutralen Länder Europas und Amerikas. In diesen Ländern sucht der Sozialismus für sich Sympathien und Entgegenkommen zu gewinnen. Die Sozialisten der neutralen Staaten sind verpflichtet, ihre proletarische Schuldigkeit zu tun, damit der Sozialismus auch in ihrer Heimat die Aufnahme erhält, die er sich mit seinen verbrecherischen Taten verdient hat.

Den Sozialisten in der französischen Regierung wird beim Lesen dieses Aufrufs nicht ganz wohl sein. Aber abschließend werden sie sagen: Erst muß der preussische Militarismus vernichtet sein. . .

Italien im Krieg.

Der österreichisch-ungarische Bericht vom 16. Juli meldet: „Seitern war sowohl an der kistenländischen, als auch an der Rätischer Grenze eine rege Tätigkeit der feindlichen Artillerie wahrzunehmen. An der Dolomitenfront wurden mehrere italienische Bataillone, die unsere Stellungen bei Aufreddo und im Gemärl an der Straße Schuderbach-Versteln angriffen, unter bedeutenden Verlusten abgewiesen.“

Nach einem Bericht der Turiner „Stampa“ soll das endgültige Ergebnis der Zeichnungen auf die italienische Nationalanleihe vorläufig nicht veröffentlicht werden. Römische Blätter sprechen von 2 Milliarden Lire, davon hätten Italiener in Amerika 500 Millionen gezeichnet.

Am heiligen Abend kam ich in Lemberg an. Es war schon spät abends. Da stand ich auf der Straße und dachte nach, was ich nun anfangen sollte. Alle Geschäfte waren schon geschlossen, nur in einem jüdischen Kuchengeschäft auf der Radezka waren die Kuchladen noch nicht ganz herabgelassen und es war auch noch Licht im Laden. Rasch entschlossen ging ich in das Geschäft, ganz sicher, daß ich da schon den rechten Weg gefunden werden würde. Ich öffnete mir dem Inhaber, der mich nun durch seinen Brautbräutigam in eine kleine, schmucke jüdische Herberge führte, wo ich für eine Krone zwanzig Heller über Nacht schlafen konnte, wo man übrigens auch sofort konnte, wie es mit mir bestellt sei. Allerdings länger als eine Nacht sollte ich nicht dort sein. Ich mußte sehr oft, in der ersten Zeit beinahe jeden Tag, meine Wohnung wechseln. Aber ich war geteilt. Oft gelang es mir auch, einige Zeit unterkunft zu finden, da, wie die „Arbeiter-Zeitung“ ja schon berichtet hat, eine förmliche Organisation bestand, um die Flüchtlinge vor den Augen der russischen Polizei zu verbergen.

Die erste Zeit lebte ich von dem Geld, das ich bei meinem ersten Aufenthalt in Lemberg erhalten hatte. Später halfen mir andere weiter. Um ein Paar Worte ich aber wieder den Russen in die Hände gefallen. Ich wohnte einmal in der Sommergasse. Eine Frau, namens Bobbi, zeigte der Polizei an, daß ich wahrscheinlich ein deutscher Offizier sei. Und wirklich kamen am Abend schon drei Polizisten und einige Soldaten, um den „Germanen-Offizier“ zu suchen. Sie fanden ihn aber nicht, denn er war schon am Vormittag ausgezogen, getrunken, dem wiederholt erhaltenen Haie, nicht zu lange in einer Wohnung zu bleiben. Man hatte mir, damit ich sicherer sei, auch verschiedene Dokumentationen gegeben, mit denen ich in den Wohnungen umherstreife. Ich wurde in Lemberg in die verschiedenen Gesellschaften eingeleitet, da die „Umgeleiteten“ auch den verschiedenen Kreisen angehörten. So verkehrte ich auch in der Wohnung eines Architekten S., dessen Schwager auch ein „Umgeleiteter“ war. In dem Hause, das dieser bewohnte, wohnten noch mehr Umgeleitete, ein polnischer Regimentsarzt aus Cholm, ein russischer regulärer Soldat und noch einer. Bei Nacht erschien wirklich ein russischer Polizeioffizier mit Polizisten und forderte die drei auf, mit auf die Polizei zu gehen. Sie wurden auf die Dachstube mitgenommen, wo sie die Nacht zubrachten, dann aber wieder freigelassen, da sie Zeugen führten, daß sie keine Soldaten seien. Solche Festsetzungen waren für die „Umgeleiteten“ immer schon lange vorher vorbereitet und es ist einfach bemerkenswert, wie die Lemberger Bevölkerung zusammenhielt, um die Russen irrezuführen. Jeder einzelne registrierte da seine eigene Gasse.

Nachdem ich bereits etwa siebenundzwanzig Wohnungen bewohnt hatte und auch etwa zwei Monate bei einer Familie geblieben

Die Arbeitslosigkeit in Italien.

Italienische Gewerkschaftsberichte und andere Blätter sind sich darin einig, daß die Kriegsnot, die in Italien zuerst der Vorkriegsnot, die Arbeitslosigkeit ist, die in geradezu schreckenerregender Weise angewachsen ist. Mit dringenden Vorstellungen der bittenden Not wenden sich Gewerkschaften, die Società Umanitaria und verschiedene Gemeinde- und Staatskomitees an die Verantwortlichkeit und bitten, möglichst auf Arbeitsbeschaffung hinzuwirken, vor allem keine Angehörigen zu entlassen, Chauffeurs, Köche, Aufwärter, Kellner beizubehalten, den Entarbeiteten abzurufen, in die Stadt zurückzuführen usw. An die Regierung und die Gemeindebehörden ist von derselben Seite der Antrag gestellt worden, die Arbeiter in Zuchthäusern, Asylen, Gefängnissen usw. einzustellen und sie dafür den Arbeitslosen und den aus dem Ausland Heimgekehrten zu übergeben.

Trotz aller Eingebungen an die Lösung des Problems haben sich die Hilfskomitees einer nicht einmündenden Flut von Aufgaben gegenüber. Das größte Hindernis eines geordneten Arbeitsnachweises und einer Kontrolle des Arbeitsmarktes sind die großen Scharen von Arbeitslosen, die sich weigern, sich registrieren zu lassen, und als unregistrierte Lohnarbeiter von Ort zu Ort ziehen. Gerade dort, wo es den Verbänden mit Mühe gelingt, für die Landarbeiter Löhne durchzusetzen, die einigermassen im Verhältnis zur enormen Erhöhung der Lebensmittelpreise stehen, tanzen diese Schwärme gern auf und bieten sich auf Straßen und Plätzen den Bauern zu Hungerlöhnen an und demoralisieren so den ganzen Markt, den die Verbände eben mühsam etwas organisiert hatten.

Es ist unter diesen Umständen nicht zu verwundern, daß man von dem Auswanderungsverbot, das noch vor kurzem ganz rigoros gehandhabt wurde, nunmehr Abstand nehmen will. In den letzten Tagen fanden in Mailand Sitzungen der verschiedenen Auswanderungsbüros statt, wobei die Frage besprochen wurde. Graf Gallina, der Vertreter der Regierungskommission für das Auswanderungswesen, teilte mit, daß nunmehr, wenigstens für eine beschränkte Zeit, die Auswanderung von nicht Militärpflichtigen in die Verbündeten Länder erlaubt sei.

Der Entschluß wird motiviert nicht etwa mit der Unmöglichkeit, die Arbeiter im eigenen Land zu verbergen, sondern mit dem Vordringen Italiens aus der Neutralität. Ihre strikte Verbots hätte nicht zugelassen, daß italienische Arbeiter in feindlichen Ländern für Herstellung von Kriegsmaterial, wie das besonders von Deutschland aus verlangt wurde, verwendet würden.

Aus der Front.

Die Hamburger und der Krieg.

Die Hamburger Parteigenossen beschäftigten sich in den letzten Wochen in der Delegiertenversammlung der Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Hamburgs mit den Geschäften der Kriegszeit, der Haltung der Reichstagsfraktion zum Krieg und den Maßnahmen der Verbände der Hamburger Organisation. Parteifreier Genosse Heinrich Eubbe erstattete den Geschäftsbericht, stellte sich dabei auf den Boden des von der Reichstagsfraktion und dem Parteivorstand eingenommenen Standpunktes und vertrat die Maßnahmen und Beschlüsse der Hamburger Verbände. Seine Ausführungen unterhielt durch die Genossen Stollen, Bräse, Weinhold, Becker, Wilmig und Krause. Dagegen sprachen die Genossen Heberlein, Lindau und wiederum in mehr als einhundert Darlegungen Dr. Lausenberg. Nach einem Schlußwort Eubbes wurde von der sehr zahlreich besuchten Delegiertenversammlung mit einer Dreiviertelsmajorität folgende vom Genossen Wilmig vorgeschlagene Resolution angenommen:

Die Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Hamburgs spricht den Vorständen für die umsichtige Vertretung der Parteinteressen ihre Anerkennung aus. Sie erwartet, daß diese auch weiter bemüht sein werden, die Interessen der arbeitenden Klasse entschieden zu vertreten, vor allem bei der Bekämpfung des Lebensmittelwunders und auf dem Gebiet der sozialen Kriegsfürsorge.

Dagegen steht die Landesversammlung genötigt, jener Gruppe von Genossen, die seit Kriegsausbruch die Haltung und die Maßnahmen der Partei verabschiedet und verabschiedet und planmäßig und mit nicht immer einmündigen Mitteln zu durchkreuzen sucht, den ernsthaften Tadel auszusprechen. Die Genossen sind ernst und die Aufgaben der Arbeiterklasse in Gegenwart und Zukunft zu groß, als daß die Partei dieser Bestrebungen ihrer Geschlossenheit noch länger zusehen könnte.

Die Landesversammlung erwartet daher von allen Genossen, daß sie diesen unheilvollen Treiben rasch und entschlossen entgegenstellen.

worden war, so daß ich mich von meinem Leiden vollständig erholt konnte, lernte ich schließlich einige Lebensgenossen aller Nationen kennen, Deutsche, Ungarn, auch einen Italiener, die in einem Garten in der Nähe des Strijer Parks wohnten. Wir zogen nun dort zusammen und konnten uns mit Erlaubnis des Eigentümers auf Grund unserer im Krieg gemachten Erfahrungen eine ganz ärmliche Erbschale, die wir mit Baumstämmen und Leuten deckten. Dort lebten wir tagelange herzlich und in Freude. Wir mußten dafür bloß den Garten begießen. Zu essen hatten wir sehr viel, denn täglich kamen alle möglichen Beute und brachten uns Essen, Mischgen, Neutun, auch Wämer, meistens Juden, aber auch Polen drängten sich ständig, um uns zu bewirten. Um uns vor Entdeckung zu sichern, zogen wir einen Stachelzaun um den Garten und organisierten auch einen richtigen Wächterdienst, daß kein Unbekannter eintrat. . . . Tag und Nacht stand ein Posten dort, und damit wir uns im Falle der Gefahr retten konnten, hatten wir am hinteren Teil des Gartens eine Öffnung angebracht, durch die wir durchschlüpfen konnten. Selbstverständlich hatten unsere Freunde uns auch mit Revolvern versehen. In dieser Erbschale hatte ich etwa vierzehn Tage verbracht, als es mich einmal gelüstete, in die Stadt zu gehen, um zu schauen, was es gabe. Es war damals schon eine sehr aufregende Zeit. Eine fürchterliche Kanonade war zu hören. Die Russen drängten Arbeiter für die Schanzen, die sie auf der Graveler Straße gruben. Das machten sie nun so, daß einige Gendarmen und Polizisten über die Straßen gingen und dort Leute, die ihnen passend schienen, einfach abfingen, nicht nur Arbeiter, sondern jeden, der ihnen in den Weg kam, selbst junge Burschen nahmen sie mit. Es wurde nicht viel gefragt, ob man wollte; wer abgefangen wurde, mußte mitgehen. Nach einigen Tagen ließ man sie wieder frei. Dann kamen andere an die Reihe, die man auch so abgefangen hatte. Die Leute wurden aber festgesetzt, so daß die meisten schon nach einem oder zwei Tagen durchnagten. Die Unteroffiziere machten allerdings dabei nicht viel Schwierigkeiten, denn das Dankschreiben von der Arbeit erlaubte ihnen ein Extragehalt. Es sollte nämlich jeder Schanzearbeiter 10 Koppen täglich bekommen. Wenn er davon lief, ohne seinen Lohn einzufahren zu haben, so steckte er die Unteroffiziere, vielmehr auch die Offiziere, das Geld selber ein. Als ich nun damals in die Stadt ging, ließ ich gerade den Polizisten in die Arme. Ich mußte auch Schanzen graben und lief, wie die anderen, schon am nächsten Tage davon. Wer ich sei, interessierte niemand. Ich hatte übrigens zur Sicherheit ja meine, das heißt meine gefälschten Papiere bei mir.

Ich blieb dann bis zur Einnahme Lembergs durch unsere Truppen in meiner Höhle. Dann meldete ich mich und bin nun hier in Wien im Dienst.

Die sozialdemokratischen Frauen und der Krieg.

Von Wilhelmine Kähler.

Die Schrift, die wir notwendig hatten, um der Welt in einem übersichtlichen Bilde das von Partei und Gewerkschaften ins Leben gerufene Wirken der sozialdemokratischen Frauen in allen Zweigen der inneren Kriegshilfe zu zeigen, hat uns Luise Bieh in einer überaus fleißigen Arbeit geliefert, die in diesen Tagen unter dem Titel „Die sozialdemokratischen Frauen und der Krieg“ als Ergänzungsheft Nr. 21 der „Neuen Zeit“ erscheint.

Die leichte Uebersichtlichkeit dieser 42 Seiten umfassenden Arbeit ist durch ihre Gliederung in folgende elf Kapitel gegeben: Kriegsausbruch — Aufrufe zur Pflichterfüllung — Die Beteiligung an der Kriegshilfe — Grundsätzliches zu unserer Beteiligung — Die Berliner Hilfsaktion — Sozialpolitisches — Ernährungsfragen — Die Parteiarbeit — Das Frauenwahlrecht — Internationale Solidarität — Der Friede. Außerdem ist der Abschnitt „Sozialpolitisches“ noch in folgende Unterabteilungen zerlegt: Arbeitslosenfürsorge — Kriegsinvaliden- und Hinterbliebenenfürsorge — Jugendfürsorge — Mietprobleme.

Wie schon die Titel vermuten lassen, eignet sich fast jedes Kapitel für sich in vorzüglicher Weise als Diskussionsstoff in unseren Frauenabenden und Mitglieberberathungen. Die Verfasserin hat denn auch ganz eigens auf diese Seite der Bedeutung ihrer Schrift hingewiesen. Sie gehört zu diesem Zweck vor allem in die Hände aller Vorstandsmitglieder und der Leiterinnen der Frauenleseabende.

Es ist uns unmöglich, an dieser Stelle auch nur auszugsweise den reichen Inhalt aller Kapitel dieser Schrift aufzuzeigen. Sie geht über die Darlegung des Tatsachenmaterials, über die Aufzählung alles dessen, was an Kriegsfürsorge durch die Frauen geleistet wurde, weit hinaus; sie ist in der Aufzeichnung des Vielen, was hätte geschehen können und müssen und was für die Zukunft mit allen Kräften von uns erstrebt werden soll, geeignet, als eine Programmschrift zu wirken, die Bedeutung für unser praktisches Arbeiten weit über die Zeit des Krieges hinaus besitzt.

Nur auf die Eingangskapitel, in denen die Verfasserin in grundsätzlicher Weise ihren Standpunkt zur Frage unserer Beteiligung an der Kriegshilfe auseinandersetzt, sei hier des breiteren eingegangen. Genossin Bieh führt aus, wie es die erste Aufgabe für die unsere Partei ihre Kraft einzusetzen hatte, war, den Krieg überhaupt nicht ausbrechen zu lassen. An dieser Menschheitsaufgabe haben unsere Frauen leidenschaftlich mitgearbeitet. Aber die Kräfte unserer Bewegung waren noch zu schwach, unser Friedenswille, ob noch so glühend, reichte nicht aus, der Welt diesen Krieg zu ersparen. Als wir mit dieser Aufgabe gescheitert waren, als der Krieg da war, die Soldaten marschierten, die Kredite bewilligt waren, alles Dinge, bei denen die Frauen nicht irgendwie bestimmend mitgewirkt hatten, da ertönte ihnen und unserer ganzen Bewegung als die nun nächstliegende Aufgabe die, durch unser ganzes Vorgehen mit dazu beizutragen, die Folgen des Krieges für unser eigenes Land und Volk so wenig verhängnisvoll wie möglich werden zu lassen. Nun galt es nicht, sich hinter dem Wort zu verschließen: Wir haben den Krieg nicht gewollt; es ist nicht unser Krieg — es galt, aus der veränderten Situation die Konsequenz zu ziehen, gegen alle schlimmen Erscheinungen des Krieges in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht, die in erster Linie die Frauen mitzutragen haben, anzukämpfen und sie nach Möglichkeit abzumildern. Und als schon am 7. August Parteivorstand und Generalkommission und bald darauf auch Genossin Bieh zum ersten Male öffentlich auftraten, die organisierte Arbeiterschaft möge sich in den Dienst der Kriegshilfe stellen, haben die Genossinnen sich nirgendwo ihrer Pflicht entzogen. Fast an allen Orten, wo wir eine nebenswerte weibliche Mitglieberschaft besitzen, haben sie sich den örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen als Helferinnen zur Verfügung gestellt.

Mit diesem Schritt folgte unsere Bewegung nur demselben Prinzip, das uns auch bei unserem unermüdbaren Eintreten für die Sozialgesetzgebung, bei unserer freiwilligen Teilnahme an der Verwaltung dieser Gesetze leitet. Wie dort, so galt es auch hier die Arbeiterschaft vor dem Verfall in Elend und Anechtlichkeit zu bewahren, sie an Körper und Geist gesund zur Führung ihrer Kämpfe und zur Erfüllung ihrer geschichtlichen Aufgaben zu erhalten.

Die Partei und Gewerkschaften ließen in ihren Aufrufen den einzelnen Orten und Organisationen vollständig freie Hand, entweder selbständig oder je nach Lage der Sache mit den Bürgerlichen Hand in Hand vorzugehen. Genossin Bieh bringt eine Erhebung bei, die sich über 39 Bezirke erstreckt und aus der hervorgeht, daß man in der weitaus größten Anzahl entweder völlig oder teilweise mit den Bürgerlichen gemeinsam arbeitet. Sie führt aus, daß man auch damit den Dingen wohl am besten Rechnung getragen habe.

Auch über dieses Zusammenarbeiten erhoben sich Meinungsverschiedenheiten. Aber was Genossin Bieh für dasselbe als Begründung anführt, erscheint uns so überzeugend, daß demgegenüber alle Einwendungen verstummen müssen. Bei der unendlichen Fülle der Hilfsbedürftigkeit hätte ein striktes Ablehnen des gemeinsamen Arbeitens oftmals ein Kräftezerhacken und -vergeuden bedeutet, worunter die Hilfsbedürftigen hätten leiden müssen. In der Zusammenarbeit konnten sich gerade unsere Genossinnen als das radikale Element erweisen, das vorwärts trieb, manches Wünschenwerte durchsetzen, manches Rückschläge verhindern und die ganze Aktion in höherem Maße mit sozialem Geist erfüllen konnte. Die Tatsache, daß die sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Frauen überall mitwirkten, erleichterte den Hilfsbedürftigen aus Arbeiterkreisen das Nachsuchen dieser Hilfe wesentlich. Sie hatten ja dieselben Frauen schon jahrelang vorher als ihre Vertrauenspersonen kennen gelernt. Und diese Frauen sagten ihnen nun: Es ist kein Almosen, das ihr empfangt, sondern ein gesetzliches und soziales Recht, das ihr in Anspruch nehmt. Sie griffen ein, wenn irgendwo der Verfall gemacht wurde, auf dem Wege über die Hilfsfähigkeit einen gewissenhaften auf die Hilfsbedürftigen auszuüben, sei es, daß Geistliche die Abwesenheit des Mannes benutzten, um aus der Kirche ausgeschlossene Familien wieder „in den Schoß der Kirche“ zurückzuführen, oder daß christliche Seelwärterinnen versuchten, in den Arbeitsstuben Mitglieberschaft zu brechen. Ohne die Mitwirkung unserer Genossinnen wären diese und viele andere Dinge, bei denen sie sofort einschreiten konnten, nicht einmal zu ihrer Kenntnis gekommen. Es erwiderte ihnen die schöne Aufgabe, durch warmherzigen Aufbau die Gebessenen aufzurichten: Ihren Mut zu heben, sie vor zweifelhaften Schritten zu bewahren. Ihre ganze Tätigkeit mußte ein reicher Trost werden für die im Felde stehenden

Arbeitsbrüder, kurz, sie gab uns soviel Möglichkeiten, uns als die große helfende Partei des Volkes zu erweisen, daß die Massen es einfach nicht verstanden hätten, wenn wir nicht eingegriffen wären oder auch nur dort uns tatlos in den Winkel gestellt hätten, wo wir nicht selbständig etwas unternehmen konnten.

Rein, wir haben uns nicht beiseite gestellt! Die Frauen so wenig, wie die Gesamtbevölkerung und die Gewerkschaften und Genossenschaften. Es ist gewiß nichts Neues, wenn Frauen, denen das Leben eine nicht gar lose Bürde auferlegt, von denen viele das tägliche Brot erarbeiten müssen, nun schon monatelang, manche bereits fast ein Jahr lang, unentgeltlich die anstrengende und verantwortungsvolle Arbeit der Wächterinnen- und Krankenpflege usw. auf sich nehmen. Mit allem, was wir geleistet haben, werden wir einst wirkungsvoll unsere Gegner bekämpfen, wenn sie dazu übergehen, uns wieder als eine Sippe von Vaterlandslosen zu schelten. Die Schrift unserer Genossin Bieh gibt uns dann ein volles Arsenal von Waffen zu diesem Kampf.

Aber sie gibt uns mehr, dadurch, daß sie uns in der Ueberzeugung von der Gerechtigkeit unserer Sache stärkt, uns eine Menge Mittel und Wege zu positiver praktischer Arbeit zeigt.

Auch da, wo sie wegen des beschränkten Raumes eine Frage vielleicht nicht erschöpfend behandelt, oder da, wo der eine oder andere diese und jene Frage von anderen Gesichtspunkten aus beleuchtet könnte, erfüllt sie ihren Zweck, wenn sie zur vielseitigen Durchdringung dieser Fragen den Anstoß gibt. Und dann vor allem vermag sie durch den Nachweis der Sorgen und Pflichten, die der Krieg den Frauen auferlegt, durch den Nachweis, in wie hohem Maße sie ihre politische Reife und Befähigung als Staatsbürgerin erwiesen haben, neue Waffen zu liefern im Kampf um die den Frauen vorenthaltenen politischen Rechte.

Es wäre allerorts darauf hinzuwirken, daß die Schrift, die durch das Entgegenkommen des Verlags und der Verfasserin in einer billigen Agitationsausgabe erscheint, einen großen Abfall findet.

Aus der Partei.

Partei und Gewerkschaft in Stuttgart.

Das Stuttgarter Gewerkschaftskartell hat in seiner letzten Vertretung über sein Verhältnis zur örtlichen Parteioberorganisation Bescheid gefaßt. Bekanntlich besteht neben dem in der Arbeit-, Landes- und Reichsparteioberorganisation angeschlossenen Sozialdemokratischen Verein Stuttgart noch ein von Bestmeyer und Crippien geleiteter Sonderverein, der denselben Namen führt, sich aber dadurch, daß er das Organisationsstatut nicht anerkennt, von der Gesamtpartei losrennt. In der Vorstadt Cannstatt gründete eine Gruppe aus dem Sozialdemokratischen Verein Ausgetretener einen neuen Verein, der sich gleichfalls den Namen des in alter Ordnung weiterbestehenden Sozialdemokratischen Vereins Cannstatt beilegte. Das Stuttgarter Gewerkschaftskartell, das die Gewerkschaften der Vorstadt umfaßt, nahm nun mit Rücksichtnahme eine Resolution an, die lautet: „Die vereinigten Gewerkschaften Stuttgart betrachten als lokale Parteioberorganisation in ihrem Wirkungsbereich nur die von der württembergischen Landesorganisation anerkannten Sozialdemokratischen Vereine. Die Benutzung der Bibliothek und die unentgeltliche Auskunftserteilung durch das Arbeiterssekretariat steht außer den Mitgliedern der angeschlossenen Gewerkschaften nur den Mitgliedern der anerkannten Parteioberorganisation zu. Soweit zur Erleichterung allgemeiner Angelegenheiten gemeinsame Kommissionen von Gewerkschaften und Partei zu bilden sind, kommen als Vertreter der Partei nur die anerkannten Organisationen in Frage. Sind an solchen Kommissionen auch noch andere Körperschaften beteiligt, so können diese nur solche Vertreter entsenden, die Mitglieder der anerkannten Parteioberorganisation sind.“

Zur Kreditverweigerung im serbischen Parlament.

Aus einer Rundschreiben an den „Avanti“ ist zu entnehmen, daß in der serbischen Skupstina zwei sozialistische Abgeordnete gegen die Bewilligung der Kriegskredite stimmten. Diese Nachricht bezieht sich auf die Abstimmung vom 6. Juli, als in der Skupstina ein Kredit von 250 Millionen votiert wurde. Das Geld soll nach einer Mitteilung des „Corriere della Sera“ dazu dienen, eine neue Offensive vorzubereiten.

Neues aus aller Welt.

Der Gesandte als Kapitän.

Aus Peking wird der „Köln. Ztg.“ unterm 28. April geschrieben: Nach Meldungen aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat die dortige Robert-Dollar-Company nach reichlichen Beratungen mit ihren Anwälten beschlossen, die japanische Regierung auf Schadenersatz in Höhe von 20 000 Golddollars zu verklagen, entstanden durch die widerrechtliche Festnahme des von der Gesellschaft gecharterten norwegischen Dampfers „Christian Voss“ im Hafen von Kobe. Der Dampfer kam Anfang Februar d. J. auf der Rückfahrt von Schanghai in Kobe an und wurde nach Schanghai geschleppt und dort festgehalten und untersucht. Nach Angaben japanischer Blätter sollten Widersprüche zwischen den beschriebenen Eintragungen in die Schiffsregister entdeckt worden sein, nach anderen wieder sollte der Dampfer das deutsche Kreuzergeschwader mit Kriegsgütertransporten beladen haben. Da keine von diesen Angaben zutrifft, wurde der „Christian Voss“ schließlich wieder freigegeben. Unter den Deutschen in Japan wird aber allgemein angenommen, daß es den Japanern keineswegs auf die Aufhebung von solchen Widersprüchen oder die Feststellung von Kontenabrechnungen ankomme, sondern daß sie vielmehr herausbringen wollten, welche Verbindung es mit dem in Ostasien weitverbreiteten Gerücht hat, daß der jetzige deutsche Gesandte in Peking, Herr v. Sinke, seine Uebersicht von Amerika nach China in der Art bewerkstelligt habe, daß er als Kapitän das Schiff führte.

Ich kann aus meinen eigenen Erfahrungen dazu folgendes melden: Anfang Januar besuchte mich ein Polizeibeamter im Auftrag des Polizeipräsidenten von Yokohama und sagte, die Japaner hätten Kunde, daß der neue deutsche Gesandte für China im Begriff stehe, sich von Amerika nach China einzuschiffen und daß er auch über Japan fahren werde. Da er in Japan bestimmt gefangen genommen werden müßte, würde es den Japanern lieb sein, wenn sie nicht in diese peinliche Lage verwickelt würden, und ich möchte doch, wenn mir eine telegraphische Verbindung zur Verfügung stünde, nach Amerika telegraphieren, daß die Japaner Kenntnis von der beabsichtigten Einschiffung hätten. Ich lachte den Mann aus und sagte, es scheint mir vielmehr, als ob die japanische Polizei herausbringen wolle, ob ich telegraphische Verbindung mit deutschen Behörden habe. Der deutsche Gesandte würde es schon so eingerichtet wissen, daß er den Japanern nicht in die Hände fiel. Später, als Herr v. Sinke sicher in Schanghai eingetroffen war, besuchte mich derselbe Beamte, wohl wieder um Einzelheiten über den „Christian Voss“ herauszubekommen, und ergänzte: „Ja, die Deutschen sind doch ganz andere Kerle als die Engländer! Der Gesandte ist uns also doch glücklich entgangen. Er hat als Kapitän ruhig dagestanden und uns Auskunft auf unsere Fragen gegeben.“ Ich sagte ihm, ich wisse nichts darüber, auch nicht, ob das Schiff überhaupt durch Japan gekommen sei; nur daß der Gesandte in Schanghai eine prachtvolle Rede gehalten habe, die allen Deutschen in Japan tief zu Herzen gegangen sei und als weitere Gewähr des sicheren Sieges angenommen werde. Die Auffassung, daß Herr

v. Sinke den „Christian Voss“ als Kapitän geführt und den nach ihm herumschwebenden japanischen Polizeibeamten und geheimen Spähern Auskunft über das Schiff gegeben habe, wird auch hier in Peking von den Chinesen herumgetragen und hat deren Bewunderung für deutsche Marineoffiziere und Beamte stark gefördert.

Thyffens Tod. Die „Vossische Ztg.“ meldet aus Mülheim (Ruhr): Der Industrielle Josef Thyffen, ein Bruder des Großindustriellen August Thyssen, geriet heute nacht in den Fabrikanlagen zwischen zwei Eisenbahnwagen. Die Räder drückten ihm den Brustkorb ein, so daß der Tod eintrat.

Kesselexplosion in Basel. In der chemischen Fabrik von Geigy erfolgte heute nacht eine furchtbare Explosion des Destillationskessels, durch die beide Längswände und der Dachstuhl des Fabrikgebäudes herausgeschlagen wurden. Der Kessel wurde 20 Meter weit fortgeschleudert. 3 Arbeiter wurden getötet, 2 leicht verletzt.

Wiesbadener Theater.

Reizend: Theater.

Freitag, 16. Juli, 7 Uhr: „Die erste Weige“.
Samstag, 17. Juli, 7 Uhr (zum erstenmal): „Die Frau vom Meer“.
Sonntag, 18. Juli, 7 Uhr: „Wenn der junge Wein blüht“.
Montag, 19. Juli, 7 Uhr: „Die erste Weige“.
Dienstag, 20. Juli, 7 Uhr: „Gedda Gabel“ (Mina Sandow).
Mittwoch, 21. Juli, 7 Uhr: „Wenn der junge Wein blüht“.
Donnerstag, 22. Juli, 7 Uhr (zum erstenmal): „Klein Schol“.
Freitag, 23. Juli, 7 Uhr: „Wenn der junge Wein blüht“.
Samstag, 24. Juli, 7 Uhr: „Die Frau vom Meer“.

Briefkasten der Redaktion.

H. S. Heidenberg. In wiederholten Verfügungen ist angeordnet worden, daß Steuern nicht an der Kriegsunterstützung in Abzug gebracht werden dürfen. Die „Volksstimme“ hat diese Verfügungen fernzeitig abgedruckt.

H. A. Schindlerheim. Gegen einen Entscheid der Staatsanwaltschaft in die Verurteilung zur Oberstaatsanwaltschaft und event. zum Minister der Justiz.

J. S. Glindeim. Staats- und Einkommensteuer brauchen Sie nicht zu zahlen; Kirchensteuern müssen Sie zahlen. Wenden Sie sich an den dortigen Bezirksvorsteher.

Telegramme.

Vom Streik in Südwest.

London, 17. Juli. (B. S. Nichtamtlich.) Die Wälder berichten aus Cardiff, daß die Zahl der Streikenden auf 200 000 geschätzt wird. Fast alle Kohlengruben liegen still. Die Streikenden ziehen an allen Orten mit Ruß durch die Straßen. Viele Versammlungen wurden abgehalten. Es herrscht allgemeine Entrüstung darüber, daß die Regierung die Bergleute unter das Munitionsgesetz gestellt hat. Es ist ein offener Troß gegen die Versuche, die Strafparagrafen des Gesetzes anzuwenden. Die Konferenz des Ausschusses war durch heftige Szenen und bittere Ausbrüche gekennzeichnet. Die Vertreter, die für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit eintraten, wurden niedergeschrien. Stürmischer Beifall fand die Erklärung eines Führers, der sagte, keine Regierung der Welt könne die Wälder Bergleute zwingen. Die Hauptentscheidung richtete sich gegen die Grubenbesitzer, die sich hinter der Regierung versteckten und für die Lage verantwortlich waren. Ein Vertreter rief: „Mögen Schiffe sinken, deswegen werden die Wälder Bergleute nicht arbeiten, wenn sie nicht wollen!“ Vergebens versuchte eine Anzahl von Abgeordneten, gegen die Streikpartei aufzutreten.

London, 17. Juli. (B. S. Nichtamtlich.) Das Press Bureau zeigte an, daß ein Munitionsgeschäft für Wales eingeseht worden ist.

Amerikanische Vorstellungen gegen englische Willkür.

London, 17. Juli. (B. S. Nichtamtlich.) Reuters meldet aus Washington: Das Staatsdepartement teilt mit, daß es formelle Vorstellungen an England richtet, damit dieses neutrale Fleischsendungen freilasse.

Lebensmittelversorgung der Stadt Wiesbaden.

Zucker (Kristall-Griech)

ist eingetroffen und kann von den Wiesbadener Lebensmittelgeschäften zum Wiederverkauf bezogen werden.

Der Kleinverkaufspreis ist auf 28 Pfennig für das Pfund festgesetzt. Der Wiederverkäufer ist verpflichtet, das im Rathaus, Zimmer Nr. 24, erhältliche Zucker-Pfand im Schaufenster zur sichtbar anzubringen. Bestellungen sind schriftlich oder telephonisch (Fernsprecher Nr. 31) vormittags von 9–12 Uhr an das Bureau der Städtischen Lebensmittelversorgung, Steinmühle, Mainzer Straße 89a, zu richten.

Wiesbaden, den 15. Juli 1915.

W 799

Der Magistrat.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Wiesbaden.

Sonntag den 25. Juli 1915, vormittags 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus in Wiesbaden, Beilsteinstraße 49, die

General-Versammlung

des Zweigvereins statt.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Abrechnung vom 2. Quartal 1915
2. Beratung der eingebrachten Anträge.
3. Vortrag des Kollegen Geinr. Gättemann, Frankfurt a. M.

Für die Delegierten legitimiert das Mandat und Mitgliedsbuch, für Mitglieder, die an der Versammlung teilnehmen, das Mitgliedsbuch.

WS 900

Der Zweigvereinsvorstand

Restauration „Port Arthur“

Walramstr. 20.

Wiesbadener Germania-Brauerei. Besonders empfehle ein vorzügliches Mittag- und Abendessen.

Achtungsvoll

Jakob Greis

Das Einmischen

der Früchte

von Johs. Schneider. Mit 24 Abbildungen. Preis 20 Pf. Nach auswärts Porto 3 Pf.

Buchhandlung Volksstimme

Genossen! Agitiert für Euer Blatt!